

Die neue französische Justizministerin Rachida Dati hat ein Gesetzesvorhaben auf den Weg gebracht, das jugendliche Wiederholungstäter ins Gefängnis bringt

Die Feuerprobe

Von Gerd Held

Es gibt zwei grundverschiedene Arten der Härte. Die eine ist eine Form der Unempfindlichkeit und der Arroganz. Sie kommt hoch zu Ross und zeigt die kalte Schulter. Sie nimmt nicht Anteil an dem Geschehen, in das sie eingreift, und sie ist aus keiner Anteilnahme entstanden. Sie hat ein Herz, das von vornherein unerweichlich war. Sie operiert aus einer sicheren Machtstellung heraus. Diese Härte verachtet. Sie erfreut sich vielleicht sogar an der Unsicherheit und am Erschrecken derjenigen, die ihr ausgeliefert sind. Auf jeden Fall braucht sie den Schwachen, denn ihre Stärke ist auf der Schwäche der Anderen gebaut. Diese Form der Härte kann immer nur „Nein“ sagen, daher finden wir hier oft eine bellende Kürze des Worts. Oder einen Blick, der am Elend vorbei sieht und starr in irgendeine Ferne sieht. Oft ist dann von „höhere Prinzipien“ die Rede. Sie lässt sich bisweilen zu einer Nettigkeit herab, aber diese macht uns frösteln. Diese starre, stumme und stumpfe Härte kann sich des Staats bemächtigen. Sie gibt diesem Staat dann bald ein Gepräge der Gleichförmigkeit und Ewigkeit. Sie profiliert ihn nicht, sondern sie flacht ihn ab und legt ihn wie einen Deckel über das Land. Wir Deutschen kennen diesen Typus aus unserer jüngeren Vergangenheit von rechts wie von links. Unglücklicherweise gibt es bei uns das verbreitete Vorurteil, ein Staatswesen könne gar nicht anders sein.

Aber es gibt eine zweite Art der Härte, die nichts von dieser Unempfindlichkeit und Arroganz hat. Sie strahlt Aufmerksamkeit und Wachsamkeit aus. Sie ist dabei nicht unbedingt schön anzusehen, eher ein bisschen verkrampft. Sie hat eine Unruhe, eine Beunruhigung im Blick. Denn

sie sitzt nicht auf dem hohen Ross einer sicheren Position. Diese Härte ist aus der Not geboren – aus der Einsicht, dass die eigene Position verletzlich ist und dass es in dieser Lage nur den Ausweg der Härte gibt. Sie ist im Grunde eine Härte „contre coeur“, die gegen das erste Gefühl der Betroffenheit und der Anteilnahme an einem Leid erfolgt. Sie ist daher oft auch eine bemühte, angestrenzte Härte. Sie weiß, dass in einer schwierigen Situation andere Auswege erst einmal viel näher liegen: die Versuchung zu jammern oder resigniert die Hände sinken zu lassen. Diese Härte muss erst gewonnen und an jedem neuen Problem erneut mühsam erarbeitet werden. Ist sie aber gewonnen, so ist sie nur schwer zu brechen. Gewiss, sie kann verlieren. Sie kann zu einem Rückzug gezwungen sein, aber sie ist so hart wie die Situation, aus der sie geboren ist. Wo die starre Härte der Herrenreiter verloren ist ohne Ross, wird jene andere Härte immer wiederkehren; denn sie ist aus keinem Privileg geboren und braucht kein Privileg. Allerdings braucht diese sensible Härte den konkreten Angriffspunkt – den Punkt, an dem sie eine Richtungsentscheidung festmachen kann. Sie braucht die Genauigkeit im Detail ebenso wie die Verhältnismäßigkeit der Maßnahme. Wo sie ein Staatswesen bestimmt, bestimmt sie es nie ein für allemal. Sie schafft keinen ehernen Staat, sondern eine sehr ungleichmäßige Architektur der Haltepunkte, die ein Land - sehr real und sehr provisorisch zugleich - zusammenhalten. Das Gelingen dieser zweiten demütigen Art der Härte ist also eine Frage der Präzision. Es gibt daher Momente, wo sie etwas von der glitzernden Schärfe eines Diamanten bekommt.

Am 5. Juli hat die Justizministerin der neuen französischen Regierung, Rachida Dati, im Senat das Gesetzesprojekt zur Einführung von Mindeststrafen für jugendliche Wiederholungstäter und zur Herabsetzung des Alters der Strafmündigkeit präsentiert. Das Bild im „Figaro“ vom nächsten Tag zeigt eine Frau im dunklen Kostüm in etwas vorgebeugter Haltung am Rednerpult. Die schmale Gestalt verrät Anspannung, Ernst und Aufmerksamkeit. Es ist ihr erster Auftritt im Senat, und selten hat hier wohl ein Gesetzentwurf vorgelegen, dessen Glaubwürdigkeit so sehr von der vortragenden Person gestützt wurde wie hier. Rachida Dati (41) ist das zweite von zwölf Kindern eines marokkanischen Maurers und einer algerischen Mutter. Sie bezeichnet sich als „Kind der republikanischen Schule“ und das klingt bei ihr als Errungenschaft von unten und nicht als Sozialförderung von oben. Sie arbeitete sich durch Schule und Hochschule, verdiente nebenbei Geld als Pflegehelferin, kümmerte sich auch noch um die Geschwister, suchte sich Türen für die eigene Karriere, wurde Staatsanwältin und gelangte in die Gruppe der politischen Quereinsteiger, die Nicolas Sarkozy in der Führung der liberalkonservativen UMP versammelte. Sie weiß, wie dicht Durchbeißen und krimineller Abweg nebeneinander liegen können: Ihr Bruder Jamal steht gegenwärtig zum zweiten Mal wegen Drogenhandels vor Gericht, nachdem er bereits 2001 wegen Heroinhandels zu 18 Monaten Haft verurteilt worden war. Man muss der Justizministerin Dati daher nicht erklären, was schwierige Lebensbedingungen sind. Sie kennt sie besser als ihre Kritiker, die nicht nur auf der Linken zu finden sind. Vor allem weiß sie um einen weiteren Punkt: Wo Jugendliche zusätzliche Anstrengungen machen müssen, um ihr Leben zu meistern, kann eine Handvoll Gewalttäter die Mühen der großen Zahl von Schülern, Lehrern, Nachbarn zunichte machen. Wo eine solche Minderheit auf Schulwegen und Schulhöfen, auf Spielplätzen, Buslinien und Wohnblocks ihr Gewaltregime durchsetzen kann, wird das Leben zur Höl-

le. Ein paar Ereignisse, bei denen die Gewalt ungeschoren davon kommt, genügen, um in einem ganzen Stadtteil Resignation zu verbreiten und auch neue Mitläufer der Gewalt zu produzieren. So sind die Motive für das neue Gesetz nicht an den wohlgedeckten Tischen des Mittelstandes und ihren gut abgeschirmten Schulen zu suchen, sondern in der ureigenen Erfahrung der „Problemstadtteile“. Gerade hier ist die große soziale Mehrheit besonders verletzlich. Sie muss geschützt werden und sie braucht jene Härte, die aus der Anteilnahme und Aufmerksamkeit entsteht.

Welche Gründe bringen die durchaus zahlreichen Gegner des Gesetzesvorhabens vor? In einem Beitrag, der sowohl von der Zeitung „Libération“ als auch vom konservativen „Figaro“ publiziert wurde, warfen mehrere Familien- und Jugendrichter der Ministerin vor, Jugendliche mit einer „Automatik des Gesetzes“ ins Gefängnis bringen zu wollen. Gemeint sind die im Gesetz bestimmten Mindeststrafen für Täter, die zum zweiten Mal rückfällig geworden sind. Hier werden Ausnahmen nur zugelassen, wenn besondere Gründe für eine zu erwartende soziale Eingliederung des Täters aufgewiesen werden können. Dagegen führen die Kritiker eine „anthropologische Realität“ ins Feld. Es ist von einer prinzipiellen „Unreife“ der Täter die Rede, so als wären die Jugendlichen eine Art Frucht. So ist es eigentlich die Gesetzeskritik, die mit einem Automatismus argumentiert: Sie setzen auf eine menschliche Reifungsphase, in der der Gesetzesbruch in einem höheren Maß hingenommen werden kann, weil am Ende der Reifungsphase die Sozialisation sozusagen durch die Gnade des Heranwachsens bewerkstelligt wird. „Wir alle waren mal jung“ ist der Tenor, und mancher joviale alte Herr mag sich dabei vorstellen, wie er früher „über die Stränge geschlagen“ hat.

Aber heute sind „die Realitäten, das Umfeld und die Delinquenz anders“ (Dati). Es geht um gemeinschaftliche Vergewaltigungen, um bewaffnete Raubüberfälle, um Anschläge mit Todesfolge oder schwersten Verletzungen. Es geht um ein suburbanes

Umfeld, das gar nicht mehr eine Realität bereithält, die „automatisch“ Respekt vor Arbeit, Mitmenschen und Zivilisation erzeugt. Alles wird auf einmal möglich. Die extremsten Entscheidungen für das eigene Leben können schon hier fallen. Dabei ist es nun gerade nicht so, dass alle Jugendlichen in Problemquartieren Intensivtäter werden. Im Gegenteil, es ist nur eine kleine Minderheit, die vielen anderen Lebenswegen und Gruppenmilieus gegenübersteht. Die große Spannbreite ist das Kennzeichen der Situation. In einer solchen Situation nicht einzugreifen und den verbrecherischen Rand nicht mit aller Härte niederzuhalten, bedeutet, der Gesamtheit der Jugendlichen in den Rücken zu fallen und sie in einen Kriegszustand „aller gegen alle“ zurückzusetzen. Die Tatbilder der Intensivtäter zeigen eine ausgewachsene Grausamkeit und Unempfindlichkeit. Sie müssen mit den erwachsenen Sanktionsmitteln bekämpft werden – auch damit die gewöhnliche Jugenddelinquenz das bleiben kann, was sie ist: ein Übergangsphänomen und eine Aufgabe intensiver Betreuung.

Die Kritiker werfen dem Gesetzesvorhaben vor, mit dem Prinzip der Mindeststrafen eine Gleichsetzung individueller Fälle zu erzwingen. Sie selber betreiben allerdings eine viel größere Gleichsetzung. Sie werfen „die“ Jugend, „die“ Problemstadtteile und die „die“ Delinquenz in einen Topf. Sie setzen damit Intensivtäter, Einzeltäter und Opfer gleich. Denn Jugendliche sind sie alle und wohnen oft im gleichen Wohnblock. Sie haben bisweilen sogar das gleiche Outfit, aber sie sind ganz unterschiedlich unterwegs. Was soll der Schüler, dem der Schulweg von einer Jugendbande zum Spießrutenlauf gemacht wird, von einem Staat halten, der beide Seiten unter dem Stichwort „Jugendproblem“ verbucht? Wird nicht gerade dieser Schüler in seiner Entwicklung getroffen und eventuell für sein ganzes Leben geschädigt? Die Kritiker fordern eine „kühne Jugendpolitik“. Darüber, was das sein könnte und wer die Risiken der Kühnheit trägt, sind sie erstaunlich schweigsam. Kein Wort auch von der traurigen Bilanz jener millionen-

schweren, pauschalen Integrationsprogramme, die seit Jahrzehnten in Frankreich aufgelegt werden. Im Grund spricht hier die Gesetzeskritik nur ihr „Es kann und darf nicht sein“ und knipst dann die Nachtschlampe aus.

Die Justizministerin Dati hat sich im Senat nicht einschüchtern lassen. Sie hat sich als Vertreterin einer Gesetzeskultur vorgestellt, die den Sorgen der Menschen nahe steht und die dabei nicht die Verantwortung für die Gesetzesrealität vom Staat an die Gesellschaft auslagert. Das Gesetzesvorhaben gegen die jugendlichen Intensivtäter ist ein kleiner Punkt, aber es ist ein exemplarischer Punkt. In der Auseinandersetzung mit Straftaten, die sich im unübersichtlichen Gelände der Vorstädte vollziehen, wo die Täter aus dem Verborgenen heraus operieren können und in den Nachbarschaften über eine Vielzahl von Geiseln verfügen, steht der Rechtsstaat in einer neuen, existenziellen Bringeschuld. Er muss zeigen, dass das Recht nicht nur in von vornherein „sozial“ gesicherten Sphären gilt, sondern auch in den Niederungen prekärer Lagen die Kraft besitzt, Schutz zu gewähren.

Damit steht und fällt ein Eckstein der republikanischen Reform des Präsidenten Sarkozy, die darin besteht, das eigene Handeln des Staates neu zu begründen und auf greifbare Resultate auszurichten. Mit dem Gesetz gegen die jugendlichen Intensivtäter werden zentrale Probleme exemplarisch ausgetragen. Hier ist kein Sonntagstaat gefragt, der die Menschen mit guten Vorsätzen berieselt, und auch kein Hausmeisterstaat, der sein Mütchen an Kleinkram wie Rauchverboten kühlt. Vielmehr muss der Staat an einer Stelle, an der eine Minderheit die Machtfrage stellt, Präsenz und Unterscheidungsvermögen zeigen.

Das Gesetzesvorhaben wird seine parlamentarischen Hürden nehmen, die eigentliche Feuerprobe liegt aber in der Umsetzung. Der harte Kern der Intensivtäter wird versuchen, an Ort und Stelle die Hilflosigkeit des Staates bei der Durchsetzung des

Gesetzes vorzuführen. Zumindest wird er „Feuer legen“ und viele Chaos-Bilder produzieren. Er spekuliert auf eine soziale Mitte, die dazu neigt, bei jedem größeren Konflikt die Schuld bei der Regierung zu suchen.

Es könnte aber auch sein, dass es diesmal anders ausgeht. Der feine politische Instinkt, der in Frankreich zu Hause ist, könnte erkennen, dass die Republik in Gefahr ist, wenn sie diese Form des Verbrechens hinnimmt. Sie würde erpressbar, wenn sie den Tätern den moralischen Status der „sozialen Betroffenheit“ zugesteht und aus kriminellen Handlungen soziale Akte macht.

Dieser republikanische Instinkt ist auch fein genug, um eine Gesetzhärte zum Schutz der Schwachen von einer Härte, die nur die kalte Schulter zeigt, zu unterscheiden. An diesen Instinkt der Franzosen appelliert die neue Justizministerin. Es geht nicht um ein kompliziertes Gesamtprogramm, sondern um eine gezielte Maßnahme. Um sie zu verstehen, muss man kein Experte sein. Bei der Bekämpfung der Intensivtäter fehlt es nicht an Wissen, sondern an Entschiedenheit und Zähigkeit. Rachida Dati bringt beides mit. Nicht wenige Französinen und Franzosen werden sich in ihr wiedererkennen.

(Manuskript vom 20.7.2007, erschienen als Essay in der Tageszeitung „Die Welt“ am 24.7.2007 unter der Überschrift „Die mitfühlende Härte einer Ministerin“)